

Stellungnahme der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zum Haushaltsentwurf 2011

Stadtratssitzung am 13. Dezember 2010
vorgetragen von **Wigbert Schwenke MdL**
Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Stadtratsvorsitzende,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Magdeburger Stadtrates,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, insbesondere des FB02,
sehr geehrte Medienvertreter und nicht zuletzt
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Publikum,

wir sind heute hier zusammengekommen, um über den Entwurf des Haushalts für das Jahr 2011 zu beraten und zu beschließen. Es ist gerade einmal ein gutes dreiviertel Jahr her, dass wir in diesem Saal über den Haushalt 2010 entschieden haben. Die Leistung der Stadtverwaltung, zum einen sowohl in diesem Zeitraum den täglichen Umgang mit dem neuen doppelten, also kaufmännischen, Haushalt zu bewältigen und gleichzeitig pünktlich den Haushaltsentwurf 2011 vorzulegen, nötigt meiner Fraktion und mir großen Respekt ab und dies gerade in Anbetracht der Tatsache, dass in anderen Städten unseres Landes es noch nicht einmal gelingt, einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 bis zum heutigen Zeitpunkt zu beschließen. Hier gilt unser besonderer Dank den Finanzdezernat mit seinem Beigeordneten Herrn Zimmermann und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wir müssen uns noch einmal ganz deutlich vor Augen führen, unter welchen Rahmenbedingungen diese Arbeit geleistet wurde, sowohl von Seiten der hauptamtlichen Verwaltung als auch von Seiten des Magdeburger Stadtrates. Zum einen erlebte die Welt eine Wirtschafts- und Finanzkrise in einem unbekannten Ausmaß. Deren Folgen sind noch längst nicht überwunden, wie zuletzt die Inanspruchnahme des sogenannten EU-Rettungsschirms durch Irland deutlich macht. Gleichzeitig haben es die unionsgeführten Bundesregierungen, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Arbeitnehmern, verstanden, unser Land durch diese Krise zu führen. Von den eingeleiteten Maßnahmen hat Magdeburg ganz massiv profitiert. So konnten zahlreiche Investitionsmaßnahmen, wie z. B. die Sanierung von Kindertagesstätten, im

Rahmen des Konjunkturpaketes II realisiert werden. Als weiteres Beispiel wird am kommenden Mittwoch der neue Eingangsbereich der Gruson-Gewächshäuser eingeweiht, auch dieses Projekt wäre ohne die Mittel des KII wohl nicht über das Ideen- und Planungsstadium hinausgekommen. Die Entwicklung des Magdeburger Arbeitsmarktes ist ebenfalls positiv. So sank die Arbeitslosenquote im November 2010 in der Landeshauptstadt auf 10,4 %. Dies entspricht einem Rückgang von 2,2 Prozentpunkten, d. h., 2.757 Arbeitslosen bezogen auf den Vorjahrsmonat. Ein weiterer wichtiger Impuls war die Internationale Bauausstellung in Sachsen-Anhalt. Die Landeshauptstadt Magdeburg mit ihrem Teilprojekt „Leben an und mit der Elbe“ hat hier wichtige städtebauliche Vorhaben umsetzen können.

Nun zum vorliegenden Entwurf des Haushalts für die Landeshauptstadt 2011. Gleich zu Anfang sei mir die kritische Bemerkung gestattet, dass die politische Steuerung eines solchen Haushalts vor allem auf der Basis von Kennzahlen erfolgt. Diese fehlen diesmal völlig in den uns ausgereichten Unterlagen. Wir gehen aber als Fraktion davon aus, dass dieser Mangel im Rahmen der Erarbeitung des Haushalts für das Jahr 2012 weitgehend abgestellt wird.

Wenn man sich die vorliegenden Zahlen anschaut muss man feststellen, dass es bei den Finanzen der Landeshauptstadt vor allem 2 große Problemkreise gibt.

Da sind zum einen die Ausgaben im Sozialbereich. Die Zahlen wurden ja bereits ausführlich vom Finanzbeigeordneten vorgestellt.

Worin liegen diese Ausgaben begründet? Die Ursachen sind vielfältig und einfache Antworten, wie immer mehr Geld zur Beseitigung von Notlagen in das System zu pumpen, bringen uns nicht wirklich weiter. So ist der Anstieg der Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung darin begründet, dass es wieder mehr Kinder in Magdeburg gibt bzw. eine stärkere Nachfrage nach den passenden Betreuungsangeboten. Eine Tatsache, die alle in diesem Haus erfreuen sollte.

Auf der anderen Seite steigen die Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Das heißt, immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen in Verhältnissen auf, die das Eingreifen staatlicher Stellen erforderlich macht und das bei einer sinkenden Bevölkerungszahl in diesem Alterspektrum. Die Stadtverwaltung hat gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss dieses Problem erkannt. Im kommenden Jahr soll es eine entsprechende Fachkonferenz geben mit dem Ziel, die Hintergründe und Ursachen für diese Entwicklung zu ermitteln. Der größten Block der Ausgaben im Sozialbereich ergeben sich aber aus den Leistungen gemäß SGB II, besser bekannt als Hartz IV.

Von den damals von der rot-grünen Bundesregierung versprochenen Entlastungseffekten für die Gebietskörperschaften ist faktisch nichts übrig geblieben. Im Gegenteil, nach Berechnungen des Deutschen Städtetages wachsen

die Belastungen durch steigende Sozialausgaben bei den Kommunen jährlich um 2 Mrd. €. Auch wenn es erste positive Ansätze gibt, wie die von der Bundesregierung diskutierte mögliche Übernahme der Kosten der Grundsicherung oder eines höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft, muss es zu einer grundsätzlichen Umsteuerung bei den Sozialausgaben kommen. Darüber hinaus ist es erforderlich, dass es sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene bei allen Initiativen eine Kostenfolgeabschätzung erfolgt, die die tatsächlichen Aufwendungen der ausführenden Behörde, also meist der Kommunen, in realistischer Höhe errechnet mit der Folge eines angemessenen Ausgleichs. Getreu des Mottos „Wer bestellt, der bezahlt auch“.

Das andere Themenfeld ist die Frage der Gestaltung der Einnahmeseite bei der Landeshauptstadt Magdeburg. Bevor ich hier auf Einzelheiten eingehe, sei mir die Feststellung gestattet, dass sich die Kommunen und damit auch Magdeburg am Ende der fiskalpolitischen Nahrungskette befinden. Unsere Handlungsspielräume bei der Schaffung von Einnahmequellen sind stark eingeschränkt. Deshalb begrüßen wir als Fraktion ausdrücklich die Arbeit der Kommission zur Gemeindefinanzreform. Dort wird in Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung, der Bundesländer und der kommunalen Spitzenverbände gemeinsam nach einem Konzept zur Verbesserung und Verstärkung der kommunalen Einnahmen gesucht. Es liegen noch keine abschließenden Arbeitsergebnisse vor. Klar scheint aber, dass die Gewerbesteuer erhalten bleiben soll. Die Erhaltung dieses Bandes zwischen den Gewerbetreibenden und den Kommunen empfinden wir als richtig. Diskussionen um mögliche kommunale Hebesätze auf Steuern, wie die Lohnsteuer, sehen wir eher skeptisch.

Gleichzeitig ist es die gemeinsame Aufgabe der Stadtverwaltung und des Stadtrates alles zu tun, um den Wirtschafts-, Wissenschafts-, Dienstleistungs-, und Verwaltungsstandort Magdeburg zu stärken und damit auch die Basis für kommunale Steuereinnahmen. Hier besteht noch viel Potential nach oben, denn im Verhältnis zu vergleichbaren west- und süddeutschen Städten haben wir nur die Hälfte an eigenen Steuereinnahmen. In den Haushaltsentwurf sind durch die Stadtverwaltung fast 30 Millionen EURO an Mehreinnahmen durch die Umgestaltung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) eingestellt worden. Basis für diese Veranschlagung ist die avisierte Änderung der Mittelverteilung innerhalb des FAG gemäß der tatsächlich durch die Kommunen erfüllten Aufgaben. Als Magdeburger Kommunalpolitiker können wir nur die Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass diese angekündigte Anpassung an die Realitäten auch tatsächlich stattfindet. Hier ist der Landtag der nächsten Legislaturperiode gefordert! Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Konsolidierungspartnerschaft zwischen Land und Stadt nicht zu Lasten einer Seite gelebt wird. Wie ernst es der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Haushaltskonsolidierung ist, zeigt die entsprechende Drucksache, die ebenfalls heute mit beschlossen werden soll. Die 171 enthaltenen Maßnahmen bedeuteten und bedeuten erhebliche Konsequenzen

für unsere Stadt und ihre Bewohner. Trotzdem haben sich die Verwaltung und der Stadtrat dazu entschlossen und zwar mit dem klaren Ziel im Jahre 2015, den Haushaltsausgleich zu erreichen. Dieser Weg einer generationengerechten Finanzpolitik ist aus unserer Sicht alternativlos und richtig. Deshalb sind wir erfreut, dass der Vorschlag unserer Fraktion eine Aufgabenkritik durchzuführen, obwohl sich damals keine Stadtratsmehrheit fand, nun Teil des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, unter einer anderen Bezeichnung, geworden ist. Andere Maßnahmen, wie die Vereinheitlichung der Hundesteuer, finden aber nicht die einhellige Zustimmung der gesamten Fraktion.

Das Finanzvolumen, welches die Stadt in Bauvorhaben investieren kann, beträgt für 2011 rund 39,4 Mio. €. Im Vergleich zu den Summen, die in den ersten Jahren nach der friedlichen Revolution investiert worden sind, erscheint diese Zahl relativ gering. Grund hierfür ist auch der Selbstbindungsbeschluss des Stadtrates, der die Neukreditaufnahme grundsätzlich auf Null Euro pro Jahr beschränkt. Die Folgen sind klar. So finden sich bereits durch den Stadtrat beschlossenen Maßnahmen auf der ungedeckten Teil der Investitionsprioritätenliste. Dazu gehören Projekte wie der Ausbau der Otto-von-Guericke Straße, die Sanierung des Schulhofs der Grundschule „Am Vogel-sang“ und die Sanierung des Planschbeckens im Freibad Süd.

Hier sei die Frage gestattet, ob es Sinn macht, in diesem Gremium Beschlüsse zu fassen, die aufgrund der Finanzsituation dann gar nicht zum Tragen kommen.

Unklar ist auch, welche Folgewirkungen sich für die Stadt durch die angekündigte Reduzierung der Mittel in der Städtebauförderung ergeben werden. Wir haben deshalb als Fraktion den Antrag A0159/10 „Prioritätensetzung Förderprogramm“ gestellt, der u.a. beinhaltet, dass, sobald die entsprechende Beschlusslage von Seiten der Bundesebene vorliegt, sich der Stadtrat mit dieser Thematik umfänglich auseinandersetzt.

Nun möchte ich kurz auf die Anträge unserer Fraktion zum Haushalt eingehen. Wir haben uns, wie es gute Tradition bei uns ist, intensiv mit den vorliegenden Unterlagen auseinandergesetzt. Dabei haben wir uns bei der Beantragung von Mehraufwendungen sehr zurückgehalten, anders als andere Fraktionen, und anstelle dessen auch konkrete Vorschläge für mögliche Mehrerlöse oder Kostenreduzierungen unterbreitet. Beispielhaft genannt seien die Forderung nach einem Konzept zur verbesserten Ahndung von Ordnungswidrigkeiten oder den möglichen Verkauf von städt. Immobilien. Vielleicht finden sich ja in der heutigen Sitzung entsprechende politische Mehrheiten für unsere Anliegen, die im Interesse aller sein sollten.

Des Weiteren gehört es zu den Aufgaben von politischen Verantwortungsträgern, nach einer gründlichen Analyse, auch den Mut zu beweisen zu sagen, was an öffentlichen Leistungen zwar wünschenswert aber nicht finanzierbar

ist. Eine Prioritätensetzung ist aus unserer Sicht unabdingbar und eine Kernfrage der Zukunftsfähigkeit der Landeshauptstadt. Haben wir dazu gemeinsam den Mut, unsere Fraktion steht für die Entscheidungsprozesse zur Verfügung.

An dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die ihren Beitrag zur Erarbeitung und zur kritisch-konstruktiven Diskussion des Haushaltsentwurfes und des Haushaltskonsolidierungskonzeptes geleistet haben.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.